

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Evidenz und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesner.  
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1580  
Große Straße Riesner Nr. 52.

A. 16.

Mittwoch, 20. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, Bemerklicher Rabatt erteilt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Wiege“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Telefonämter oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Pflanzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: GutsMuthsstraße 59. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesner.

## Endlich Klärung!

Reichskanzler Dr. Luther hat wieder einmal die Situation gerettet, nachdem die parlamentarischen Schwierigkeiten ihren Höhepunkt erreicht hatten. Als die demokratische Fraktion in den späten Nachmittagsstunden des Montag ihren ultimativen Beschluß verkündete, hielt man allgemein die Verhandlungen für gescheitert, und es schien fast ausgeschlossen, als Dr. Luther trotz der unheilbar verwirrten Situation am Dienstag vormittag seine Besprechungen mit den Parteiführern wieder aufnahm, um eine neue Verhandlungsbasis zu schaffen. Nach einigem Hin und Her wurde diese Verhandlungsbasis tatsächlich gefunden und in den Nachmittagsstunden zeichneten sich bereits die Umrisse einer Verständigungslinie ab, die zwischen den Parteien gezogen werden konnte. Den Demokraten sollte das Reichsministerium des Innern für einen anderen demokratischen Ministerkandidaten an Stelle des Fraktionsführers Dr. Koch überlassen werden, während der Kanzler sogar bereit war, Dr. Koch ein anderes Ministerium anzubieten. Darüber hinaus mußte auch der Verlust unternommen werden, den sachlichen Meinungsstreit zu schließen, der zwischen den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei über die Frage des „Antiarismus“ ausgebrochen war.

Am Abend empfing Reichspräsident von Hindenburg den Reichskanzler Dr. Luther, der in der Lage war, dem Reichsoberhaupt nunmehr die Beseitigung der größten Schwierigkeiten zu melden. Trotzdem mußte jedoch festgestellt werden, daß die Erregung der parlamentarischen Kreise zu groß war, um nicht ohne ernste Rückwirkungen zu bleiben. Der Reichspräsident empfand daher den Wunsch, persönlich die Parteiführer zu empfangen und ihnen in der dringlichsten Weise nahezuweisen, nunmehr den Streit abzubrechen und die Regierungskrisis zu beenden. Die Darlegungen des Reichspräsidenten machte auf die Parteiführer einen sichtlich tiefen Eindruck, so daß damit eine gewisse Beruhigung eintrat, die eine zurechtfindende Beurteilung der Gesamtsituation zuließ. Allerdings mußte wiederum bis in die späten Abendstunden verhandelt werden, ehe eine Klärung der Situation eintrat. Bei den ganzen Besprechungen hat Reichskanzler Dr. Luther diesmal in sehr entschiedener Weise daran geschaltet, daß das neue Kabinett eine neutrale Regierung der Mitte sein würde, dessen neutraler Charakter nicht durch besonders politische Tendenzen nach rechts oder nach links verändert werden dürfte.

## Die Räumung Kölns.

\* Köln. Die Räumung Kölns durch die Engländer ist nahezu beendet. Es ist zu erwarten, daß sie bis Ende des Monats vollständig sein wird. In welchem Maße das letzte äußere Zeichen der Besetzung, die Flagge, eingezogen wird, steht nach Wolffs Besichtigungsbefehl noch nicht fest. Nach Abzug der Besatzung hört Köln aber nicht auf, als besetztes Gebiet in der ersten Zone zu gelten, und zwar so lange nicht, bis auch die Belgier und die Franzosen die erste Zone völlig geräumt haben, was voraussichtlich bis Schluss der ersten Februarwoche geschehen wird. Der Tag, von dem ab die erste Zone als amtlich geräumt zu betrachten ist, wird durch die Vorkonferenz in Paris bekannt gegeben werden.

## Zum Handelsvertrag mit Italien.

1) Berlin. Eine Meldung der Agenzia di Roma vom 18. Januar behauptet, daß sich in Deutschland Tendenzen bemerkbar machen, durch welche die Konzeption, die der Handelsvertrag Italien gewährt habe, illusorisch gemacht würden. So hätte Deutschland im Handelsvertrage den italienischen Wachsreichtümern Zollermäßigung gewährt, aber jetzt auf einmal sei auf diesen Artikel eine Steuer gelegt, die die anderen Streichhölzer nicht berühre. Diese Maßregel bewege offenbar, den italienischen Export zu treffen. In dieser Stelle erwähnt die genannte Agentur die Behauptungen weiter deutscher Kreise, die italienische Automobile zu konfiszieren. Diese Behauptungen sind unzutreffend. Denn weder ist seit dem Abschluß des deutsch-italienischen Handelsvertrages die Besteuerung italienischer Wachsreichtümer in Deutschland irgendwie geändert worden, noch trifft es zu, daß sich „weite deutsche Kreise“ betreiben, italienische Automobile zu konfiszieren. Wenn der Abschluß von Automobilen in letzter Zeit zurückgegangen ist, so hat dies seine Ursache lediglich in der allgemeinen Wirtschaftslage, die den Verkauf nicht nur italienischer, sondern ebenso anderer ausländischer wie einheimischer Automobile, selbst solcher, die zu billigen Preisen angeboten werden, ungünstig beeinflusst. Daß sich die deutschen Automobilfabriken unter diesen Umständen bemühen, ihren Absatz durch eine verstärkte Reklame zu heben, ist ihr gutes Recht. Eine amtliche Unterstützung dieser Propaganda findet indes nicht statt.

## Die Pariser Luftfahrtverhandlungen.

1) Paris. Die Luftfahrtverhandlungen werden, nachdem die letzten Tage dazu gedient haben, über bestimmte Fragen auf Teilgebieten eine Klärung herbeizuführen, am Donnerstag in Kommissionssitzungen fortgesetzt werden. Paris. (Funkdruck.) Weit Parisen erklärt von zuständigen Stellen, daß in Paris nichts über einen dringlichsten Abbruch der gegenwärtigen deutsch-französischen Luftfahrtverhandlungen bekannt ist.

## Die neue Reichsregierung.

Ein Kabinett der Mitte gebildet.

### Die Vermittlung Hindenburgs.

1) Berlin, 19. Januar. (Amtlich.) Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittags um 6 Uhr die Vertreter der vier für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien; für die Deutsche Volkspartei erlitten Reichsminister a. D. Dr. Scholz, für das Zentrum Reichskanzler a. D. Marx, für die Bayerische Volkspartei Abg. Dr. Leicht, für die Demokraten die Abgeordneten Reichsminister a. D. Koch, Dr. Haas und Erlenzen.

Der Reichspräsident gab den erschienenen Herren folgende Erklärung ab: „Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen anzusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zustande kommen muß. Nachdem durch das Ausscheiden der Deutschnationalen Volkspartei der bisherigen Mehrheitsregierung die Grundlage entzogen worden war, nachdem trotz der hingehängenen und sehr dauerswerten Bemühungen des Herrn Abgeordneten Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregierung, nämlich die sogenannte Große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb als zwar weniger tragfähige, aber immerhin noch durchaus gangbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit das deutsche Vaterland vor einer Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsabstimmung schwerste Bedenken entgegenstehen. Ich habe es deshalb ausdrücklich beabsichtigt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen.“

Herr Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näher zu kommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz auszuräumen. Auf der anderen Seite trägt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschließung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen. Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichskanzler dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigt aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit muß ich es bekräftigen, daß der Herr Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend Ihre endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen. Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre reiflichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Coster zu bringen, damit endlich das betrieblende Schauspiel der unausgeführten Regierungskrisis beileidet und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird.“

Im Anschluß hieran dankte der Herr Reichspräsident dem Abg. Koch nochmals persönlich für seine wertvolle und selbstlose Mitarbeit bei den bisherigen Versuchen zur Schaffung einer Regierung.

Die Parteiführer begaben sich sodann mit dem Reichskanzler Dr. Luther zur Reichskanzlei, wo ihnen der Reichskanzler seine

### Ministerliste

vorlegte, die ohne weitere Diskussion entzusagegenommen wurde. Die Liste lautet folgendermaßen:

Reichskanzler: Dr. Luther,  
Außenw.: Dr. Stresemann (Dsp.),  
Innerw.: Dr. Kälig (Dem.),  
Finanzen: Dr. Reinhold (Dem.),  
Wirtschaft: Dr. Curtius (Dsp.),  
Arbeit: Dr. Braun (Str.),  
Justiz: Marx (Str.),  
Reichswehr: Dr. Gehler (Dem.),  
Post: Cilling (Wahr. Sp.),  
Verkehr: Krohne (Dsp.).

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist vorläufig Reichskanzler Dr. Luther beauftragt worden. — Das Ministerium für die besetzten Gebiete bleibt zunächst unbesetzt, wird aber provisorisch von Dr. Marx verwaltet werden.

### Zustimmung des Reichspräsidenten.

1) Berlin. Nachdem im Laufe des Abends die Reichspräsidentenfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der vom Reichskanzler Dr. Luther vorgeschlagenen Besetzung der Reichsministerien mitgeteilt haben, hat der Reichspräsident dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das Kabinett der Mitte jetzt gebildet ist. Das Kabinett hat die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden.

### Dr. Luther neu bestätigt.

1) Berlin. (Amtlich.) Der Herr Reichspräsident hat den Reichskanzler Dr. Luther in seinem Amte neu bestätigt.

### Das neue Reichskabinett

wird zu seiner ersten Sitzung erst am Donnerstag abend zusammenzutreten, da der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold am Donnerstag noch im sächsischen Landtag den Rat vertreten wird und auch noch einige Tage für die Übergabe seiner Amtsgeschäfte bedarf.

Um 11 Uhr empfing Reichskanzler Dr. Luther den Führer der Demokraten Koch zu einer Besprechung, um 12 Uhr den neuen Innenminister Dr. Kälig, während die Besprechung mit Dr. Curtius auf 12 Uhr angelegt war.

### Die Tagesordnung des heutigen Reichstags.

1) Berlin. Auf die Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung hat der Präsident Voche gesetzt den Bericht des Geschäftsordnungs Ausschusses über Einleitung von Strafverfahren gegen Mitglieder des Reichstags (u. a. Fall Wahn), kleinere Vorlagen, wie Rentenverfahren, Verbesserung der Polizeibeamten beim Reichsmarktführer, Vorlage zum Anordnungsamtliche, Änderungen der Reichsverfahrensordnung, sowie die Fortsetzung der dritten Beratung des Reichshaushalts für 1925. Die Entgegennahme der Regierungserklärung ist also noch nicht vorgetrieben.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Regierungserklärung der neu zu bildenden Regierung nicht vor Montag oder Dienstag nächster Woche zu erwarten sein.

### Dankschreiben

#### des Reichspräsidenten an Graf Kanitz.

Berlin. (Funkdruck.) Der Reichspräsident hat heute dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Graf von Kanitz anlässlich seines Ausscheidens aus der Reichsregierung in einem Schreiben im Namen des Reiches herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung für die großen Dienste ausgesprochen, die Graf Kanitz in seiner Tätigkeit als Minister dem Vaterlande geleistet hat. Er könne mit dem Bewußtsein aus dem Amte scheiden, daß sein Wirken für die Landwirtschaft und für das ganze deutsche Volk von Nutzen und Vorteil gewesen sei.

### Die Presse zur Regierungsbildung.

1) Berlin. Durch fast alle Blätter geht ein Aufatmen, daß es dank dem Eingreifen des Reichspräsidenten endlich gelungen ist, die Regierungskrisis zu beenden. Besonders die Blätter der Regierungskoalition sollen dem Reichspräsidenten Dank, daß er durch seinen Appell an die Parteien die Regierungsbildung erwirkt habe. In der Presse der Rechten wird das neue Kabinett nur von der „Deutschen Zeitung“ unbedingt abgelehnt, da die Vorlage ausbildet: „Unerwünschte Opposition mit allen Mitteln. In der Deutschen Tageszeitung“, die die Regierung ein Kabinett der linken Mitte nennt, wird vor allem kritisiert, daß die Landwirtschaft darin durch keinen Vertrauensmann vertreten sei. Auch der „Berl. Lokal-Anzeiger“ steht in der Zusammenfassung der neuen Regierung eine harte Regung nach links. Immerhin wollte die Rechte vorerst die Taten der neuen Regierung abwarten. Die „Tägl. Rundschau“ prophezeit dem Kabinett wohl einen schweren Daseinskampf, glaubt aber, daß das Kabinett wohl von Bestand sein kann, wenn die Koalitionsparteien ihre Differenzen der letzten Tage in der Erfüllung einer gemeinsamen hohen Aufgabe vergetten. Gegen das Kabinett himmen würden voraussichtlich nur die Kommunisten und die Volksfront, während die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten sich wahrscheinlich der Stimme enthalten würden. Die „Germania“ unterstreicht nochmals ihre Auffassung, daß auch die neue Regierung nur die Politik der Großen Koalition machen könne, d. h. eine Politik des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs. Im „Berl. Tagebl.“ wird dem demokratischen Führer Koch höchste Anerkennung gezollt, daß er sich mit seinem ganzen Einfluß für die zukünftige Entscheidung der demokratischen Fraktion eingesetzt hat. Es versteht sich von selbst, daß der Demokrat Dr. Kälig in den Fragen der Reichsbeiträge und der republikanischen Verfassung um kein Jota anders denke als der Demokrat Koch. Ueber die Haltung der Sozialdemokraten sagt der „Vorwärts“, die Sozialdemokraten, die die Berufung Koch zum Minister des Innern bekräftigen, würden durch sein Verschwinden gemahnt, mit ihrem Vertrauen sehr vorsichtig umzugehen.

### Wer wird sächsischer Finanzminister?

Dresden. (Funkdruck.) Wie wir hören, hat die demokratische Fraktion des sächsischen Landtags beschlossen, den Abg. Dr. Dehne, Direktor der Sächsischen Bank in Dresden, als Nachfolger Dr. Reinholds zum sächsischen Finanzminister vorzuschlagen.